

SVMMARVM

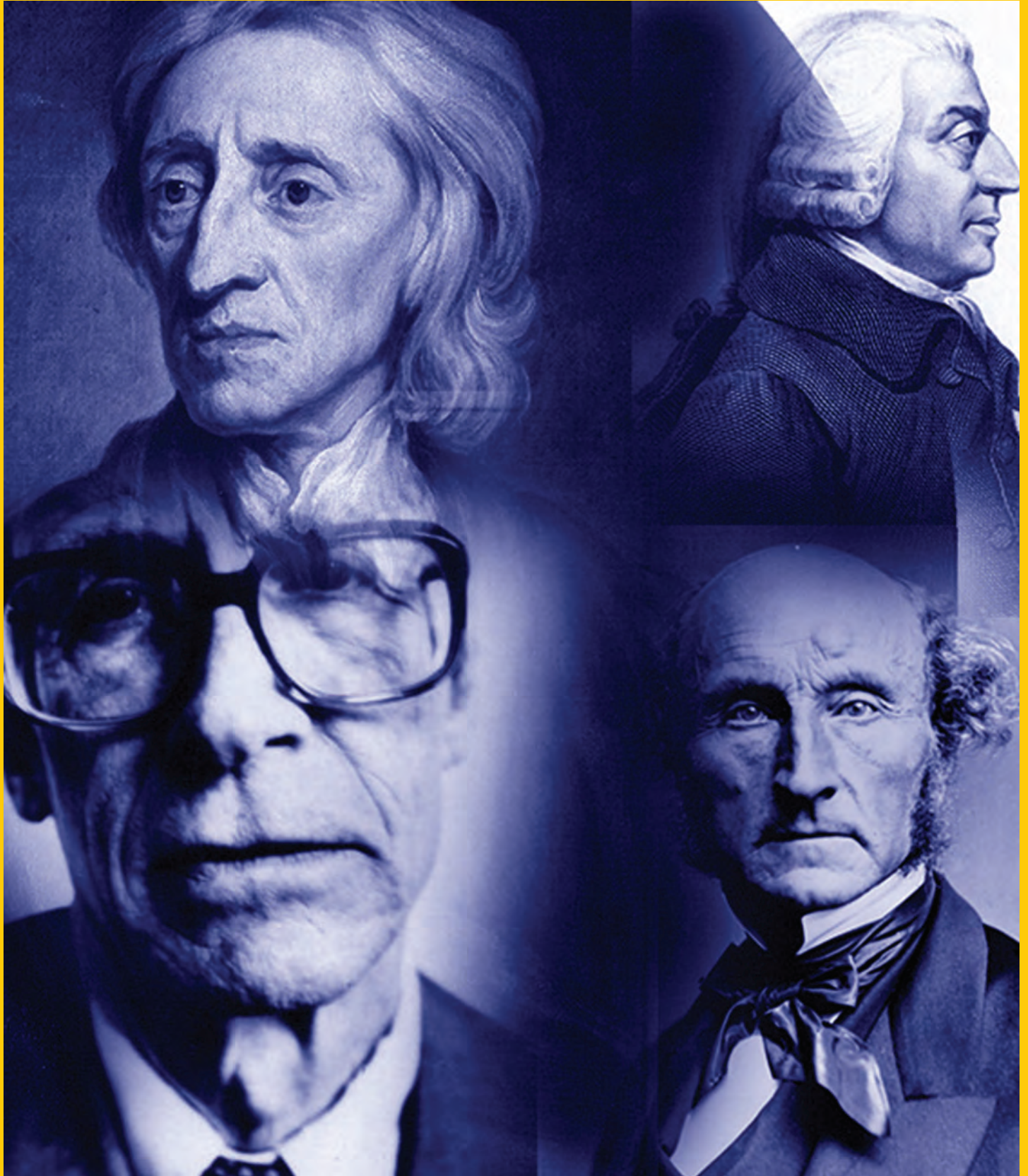
UNABHÄNGIGES MAGAZIN DER BLN

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Klaus Stöhlker und Urs Schoettli

Europäisches Manifest 2018

Für eine offene, liberale Weltgesellschaft



SVMMARVM

Europäisches Manifest 2018 Für eine offene, liberale Weltgesellschaft

Klaus Stöhlker und Urs Schoettli

Beiträge:

Sonja Dinner

Präsidentin der Stiftung „The DEAR Foundation“, Affoltern a.A./ZH

Grausame Welt – liberale Hoffnung

Christian Lindner

Vorsitzender der FDP Deutschland

Liberalität ist eine Wertordnung, für die man einstehen muss

Wolfgang Kubicki

stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP Deutschland

Die Zukunft des Liberalismus

Thomas O. Bayer

CEO der Bayerplus Consulting Executive Search, Küsnacht/ZH

Mit „Schweizer Freiheit“ zum Welterfolg

Pierre-Alain Grichting

Walliser Unternehmer und Bankier

Die unterschätzte liberale Provinz

Herausgeber

Roland Keller

Europäisches Manifest 2018

Für eine offene, liberale Weltgesellschaft

Arbeitsgruppe für ein Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand

Von Urs Schoettli, Autor, Tokio, Shanghai, Bombay

Klaus J. Stöhlker, Unternehmensberater, Zürich

Ein Gespenst geht um – die Rückkehr von nationalistischer Missgunst und Zwietracht unter den Völkern Europas. Wehret den Anfängen! Auch nach bald sieben Jahrzehnten Frieden ist Europa nicht gegen einen Rückfall in selbstzerstörerische nationale Partikularismen gefeit.

Eingedenk all der Tragödien, Irrungen und Wirrungen der Vergangenheit will und muss Europa im 21. Jahrhundert seinen Menschen ein Leben in Wohlstand, Würde, Freiheit und Frieden sichern.

Das liberale Ideal ist der selbstständige, gebildete und strebsame Mensch, der unterschiedliche Lebensweisen respektiert, Bürgersinn und Rechtsstaatlichkeit fördert.

Arbeit, Familie und Mitmenschlichkeit sind die Grundlagen liberaler Politik. Egoismen sind willkommen, wenn sie dem Fortschritt dienen.

Ziel unseres Tuns ist die Verhinderung von Katastrophen durch den Abbau von Schranken, Vor-

urteilen und Nichtwissen. Liberale zeichnen sich aus durch ihre Bereitschaft zum Lernen, zum Diskurs und zum Handeln. Es sind die Rahmenbedingungen zu verbessern, so dass diese Bereitschaft wieder nutzbringend zur Gestaltung der Lebensverhältnisse in Europa eingesetzt werden kann.

Die gefährlichsten Gegner eines liberalen, weltoffenen Europas sind autoritäre, nationalistische, fremden und fortschrittsfeindliche Kräfte.

Die entschlossene Rückbindung des Staats in Wirtschaft und Gesellschaft bleibt das vorrangige Ziel. Liberale setzen sich ein für die Reduktion der Staatsmacht, den Schutz des Eigentums, die Vertragsfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Gleichheit vor dem Gesetz. Sie betrachten die soziale Marktwirtschaft als das essenzielle materielle Fundament einer freien und wohlhabenden Gesellschaft.

Liberalismus auf nationaler Ebene gehört der Vergangenheit an. Die Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft er-

fordert einen weltoffenen, nationale Grenzen überwindenden Liberalismus.

1 Innenpolitik

Ziel ist nicht die Schaffung eines Einheitseuropas, sondern eines Europas der Solidarität und des aufgeklärten Selbstinteresses, in welchem der Austausch zwischen den Wirtschaftsakteuren von allseitigem Nutzen ist.

Ein liberales Europa zeichnet sich durch offene Kommunikation aus, wo die fortlaufende Kritik an rigiden Institutionen und verhärteten Strukturen erst den Fortschritt und die schöpferische Entfaltung des Individuums ermöglicht.

In diesem Sinne sind europäische supranationale Strukturen zu fördern, mit dem Ziel der Stärkung eines wahrhaft föderalistischen Europas.

2 Aussenpolitik

Frieden ist und bleibt das nobelste Ziel aller Europäer vom Atlantik bis zum Ural, vom Nordkap bis zum Bosphorus.

In einer Welt voll Unrast und Zwietracht will und muss Europa ein Kontinent der Hoffnung und Zuversicht sein.

Europa darf sich von seinem Weg der politischen und wirtschaftlichen Einigung nicht abbringen lassen.

Nachdem das 20. Jahrhundert die Welt mit menschenverachtenden Ideologien an den Abgrund gebracht hatte, hängt nun der Erfolg im 21. Jahrhundert vom Pragmatismus ab.

Pragmatismus ist das Rezept für eine dauerhafte europäische Friedensordnung, in der jeder nach seiner Façon selig werden kann und jeder ohne Hochmut die europäischen Werte und Errungenschaften in einer immer komplexer werdenden Welt hochhält und verteidigt.

3 Wirtschafts und Sozialpolitik

Die Zeitumstände erfordern von den Europäern weitreichende Wirtschafts und Gesellschaftsreformen. Diese sind kein Selbstzweck, sondern machen nur Sinn, wenn sie den Menschen

eine bessere Zukunft bescheren.

Allzu viel Privatinitiative wird in Europa durch überflüssige staatliche Regulierung“, die der Maxime folgt, der Staat sorgt für das Wohl seiner Bürger, unterdrückt oder gehemmt. Dabei geht wertvolle Energie verloren und wird die für den Fortschritt unerlässliche Risikobereitschaft unterdrückt.

Vor diesem Hintergrund ist die Innovationskraft der Politiker, Unternehmer und Sozialpartner gefordert. Sie alle müssen den Bürgern neue Perspektiven vermitteln. Innovationskraft wird durch Eigeninitiative befeuert, deren bedingungslose Voraussetzung möglichst wenig Staatsregulierung ist.

Wir erinnern daran, dass Europa auf diesem Weg der Erneuerung eine Reihe von einzigartigen Standortvorteilen besitzt, die es optimal zu nutzen gilt.

Europa geniesst eine politische und soziale Stabilität, wie sie in weiten Teilen der Welt nicht vorhanden ist. Europa ist ein Kontinent von grosser Vielfalt, mit einer Kultur, die ihresgleichen sucht, und mit einer strebsamen und talentierten Bevölkerung.

Alle diese wertvollen Assets müssen in den globalen Wettbewerb, dem sich Europa stellen muss, nutzbringend und ohne falsche Bescheidenheit eingebracht werden.

Öffnung und Liberalisierung haben während der oberflächlichen Globalisierungseuphorie, die vor

der Finanzkrise den internationalen Diskurs beherrschte, einen schlechten Ruf bekommen. Bei aller berechtigten und notwendigen Kritik am Turbokapitalismus dürfen die positiven Seiten einer wirtschaftlichen Öffnung nicht aus den Augen verloren werden. Der Liberalisierung ist schädlichen Gegenbewegungen wie der staatlich verordneten Zentralisierung oder dem schier unerschöpflichen Glauben an die Maxime, wonach alles Gute vom Staat komme, vorzuziehen.

Schutz des Eigentums und Belohnung von unternehmerischer Leistung sind zentrale liberale Anliegen. Sie beruhen auf der Förderung des Wissens auf allen Stufen der beruflichen Bildung.

Liberal sein bedeutet, freiheitlich zu denken und zu handeln und die wohlstandsfördernde kapitalistische Wirtschaftsordnung zu stützen.

Diese wiederum beruht auf individueller Verantwortung und Bereitschaft, sich dem Wettbewerb zu stellen. Gemeinschaftliche Anliegen, welche die Werte einer freiheitlichen Gesellschaft stützen, werden gefördert.

Der Liberalismus überwindet die im 19. und 20. Jahrhundert herangewachsenen nationalstaatlich verfassten Volkswirtschaften, indem er die Weltwirtschaft weiterentwickelt. Dabei fällt dem globalen Wettbewerb eine zentrale Rolle zu. Monopolistisch oder gar oligarchisch geprägte Märkte gelten als nichtliberal und sind zu bekämpfen. Liberale sind entschlossen, sich für die freie Marktwirtschaft und den freien

Menschen einzusetzen.

Liberale verwerfen auch Konzepte wie „too big to fail“ oder „there is no alternative“ als mit einer liberalen Marktwirtschaft unvereinbar.

4 Zuwanderungspolitik

Das Individuum, als mündiger Bürger steht im Mittelpunkt des liberalen Staatsverständnisses. Der Bürger gehört nicht dem Staat, sondern soll über seinen Lebensweg selbst entscheiden können.

Die in der Europäischen Union erreichte Öffnung der Grenzen für den freien Personenverkehr ist eine der wichtigsten Errungenschaften im Kampf gegen den seine Bürger bevormundenden Nationalstaat.

Wir anerkennen, dass Europa anders als die Amerikas und Australien, traditionell kein Kontinent von Einwanderungsgesellschaften ist. Dies kann zu Spannungen zwischen der sesshaften Bevölkerung und den Zuwanderern führen.

Populisten aller Couleur und mit den verschiedensten Hintergedanken beuten solche Konflikte aus und machen die Zuwanderung für alle Missstände verantwortlich. Die Realität ist komplex

und die mannigfachen Vorteile eines freien Personenverkehrs sind häufig nur schwer zu vermitteln.

Die Zuwanderung ist ein politisch heikles Thema, dem sich Liberale, so sie ihr Projekt eines freien, wohlhabenden und geeinten Europas nicht gefährden wollen, stellen müssen. Nichts führt so viel Wasser auf die Mühlen von Populisten und Xenophoben wie Unwahrheiten und Verschleierung.

Dass Zuwanderung Probleme schafft, darf nicht unterschlagen werden. Die berechtigten Sorgen und Ängste der Menschen, die nie ihre Heimat verlassen haben und sich vermehrt von Zuwanderern umgeben sehen, sind ernst zu nehmen.

Aus liberaler Sicht ist Multikulturalismus fehl am Platz. Für Zuwanderer muss gelten, dass sie, bei allem Respekt für ihre Persönlichkeit, sie sich wie alle Bürger vollumfänglich an die Gesetze der neuen Heimat zu halten haben und weder aus kulturellen noch religiösen Gründen Ausnahmeregelungen beanspruchen können. Die kulturelle, sprachliche und soziale Integration in die neue Umgebung ist eine Hauptaufgabe aller Zuwanderer, bei deren Bewältigung die neue Heimat ihnen behilflich sein kann.

Eine Hauptaufgabe ist die rasche Beendigung des offenkundigen Missbrauchs des Asylrechts.

Hier sind die Dinge völlig aus dem Ruder gelaufen. Es ist wieder einmal in Erinnerung zu rufen, dass die Gewährung von Asyl die generöse Geste ist, welche eine Gemeinschaft Menschen, die in ihrer Heimat wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden, zukommen lässt. Wirtschaftliche Misere ist kein Asylgrund.

Asylverfahren sind zu straffen und mit einem minimalen Zeitaufwand zu einem Abschluss zu bringen. Abgewiesene Asylanten sind sofort auszuschaffen. Dasselbe gilt für Menschen, die während eines pendenten Asylverfahrens straffällig geworden sind. Wer kriminell wird, hat seinen Anspruch auf Asyl unwiderruflich verwirkt.

5 Forderungen

Fortschritt durch individuelle Bildung und die Übernahme von Verantwortung mit dem Ziel des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstiegs ist erstrebenswert.

Künstliche Grenzen zwischen Geschlechtern, Klassen und Staaten sollen abgebaut werden.

Das Finanzkapital wird dazu angehalten, die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und nicht das Interesse von wenigen

zu befördern.

Das Privatleben muss frei bleiben von Angriffen aller Art, insbesondere auch im IT-Bereich.

Liberales Ziel ist ein bescheidener Staat, der Leistung und gesellschaftlichen Einsatz ermöglicht und nicht zum Selbstzweck seiner Eliten missbraucht wird.

Die subsidiäre Eigenverantwortung des Individuums steht für die Liberalen im Vordergrund, ebenso der Vorrang von kleinen politischen und gesellschaftlichen Einheiten gegenüber einer egalisierenden und zentralisierenden Politik.

Terrorismus aller Art wird bekämpft, aber nicht dämonisiert.

6 Appelle

Bei allen Unterschieden in der Geschichte und der Entwicklung der einzelnen Staaten darf sich Europa nicht in reich und arm, fleissig und faul, Geber und Nehmer auseinanderdividieren lassen.

Im Angesicht von Intoleranz und Unterdrückung muss Europa ein Hort von Recht und Freiheit sein und bleiben.

Dessen eingedenk rufen wir Unterzeichneten die politischen Entscheidungsträger in allen europäischen Ländern wie auch in den Institutionen der Europäischen Union auf, sich ohne Wenn und Aber gegen jegliche Neubelebung von Nationalismen zu wenden und die friedliche Einigung Europas mit Mut und Entschlossenheit voranzutreiben.

Die Zeiten, da Europas Zukunft eine Angelegenheit von Technokraten und Kabinetten war, sind längst vorbei. Europa muss wieder zu einem Herzensanliegen seiner Bürger werden.

Wir appellieren insbesondere an die jungen Europäerinnen und Europäer, sich für ihren Kontinent einzusetzen. Wir fordern die älteren Europäerinnen und Europäer auf, diesen Fortschritt nach Kräften zu ermöglichen und zu fördern.

Liberales stehen ein für ein Leben in Europa ohne Angst, in gegenseitigem Respekt und mit der Offenheit für Neues.

Autoren:

- Urs Schoettli, Autor, Tokio, Shanghai, Bombay
- Klaus J. Stöhlker, Unternehmensberater, Zürich

Zollikon, Januar 2018

Liberales Standpunkte

Grausame Welt – liberale Hoffnung

Sonja Dinner

Präsidentin der Stiftung

„The DEAR Foundation“,

Affoltern a.A./ZH

Was ich seit über zehn Jahren als Präsidentin der „The DEAR Foundation“, einer der grössten Schweizer Privatstiftungen für Entwicklungshilfe, erleben musste, lässt sich kaum emotionslos erzählen. Wer wirkliche Armut und menschliche Tragödien nur aus den Medien kennt, weiss so viel von der Wirklichkeit wie ein drei Tage Fastender von echtem Hunger. Als Schweizerin erlebe ich die Welt oftmals als einen Ort der Grausamkeit, wo nur der Gedanke der liberalen Verpflichtung den Armen und Leidenden gegenüber nachhaltige Verbesserungen verspricht.

Manchmal meine ich, es gebe keinen Schweizer, keine Schweizerin, die nicht eine eigene Stiftung irgendwo in Asien, Afrika oder Lateinamerika hat. Oder eine solche Stiftung unterstützt. Erfahre ich dies, glaube ich wieder an

unser Land, wo über acht Millionen Menschen leben, die von einer liberalen Grundhaltung geprägt sind. Sie setzen sich mit einer Grosszügigkeit für ihren Nächsten wie die am weitesten Entfernten ein, wie ich dies grundsätzlich nur in liberalen Staaten erlebe.

Diese liberale Grundhaltung wurde uns im Normalfall in die Wiege gelegt. Teilen ist Verpflichtung. Ich mag sie nicht eine Ideologie nennen, denn Ideologien sehen wir kommen und gehen. Eine Welt aber ohne liberalen Geist kann auf Dauer nicht funktionieren. Das will ich an dieser Stelle belegen.

Rufen mich meist wohlhabende Menschen an, die von unseren weltweiten Projekten gehört haben und die „The DEAR Foundation“ unterstützen möchten, tun sie dies nicht aus schlechtem Gewissen. Das ist eine Legende, die von der politischen Linken

kommt. Vielmehr erfreuen sie sich ihres Wohlstands, den sie entweder selbst erarbeitet haben, oder der teils auch durch grosse Erbschaften vermehrt wurde. Sie wollen tatsächlich etwas tun, nämlich teilen.

Der heilige St. Martin, ein römischer Krieger, gab die Hälfte seines Mantels dem Frierenden. Nicht weil er nur 50% seines Reichtums geben wollte, wie ein Bankier vermuten könnte. Nein, weil eine Hälfte seines Mantels dem römischen Staat gehörte, den er unter Strafandrohung zurückbringen musste. Die andere, seine private Hälfte, gab er dem Armen. Dafür wurde er heiliggesprochen.

Die Grausamkeit des täglichen Lebens, unter der hunderte von Millionen Menschen leiden, kann nicht kurzfristig beseitigt werden.

Dazu gehört u.a. Bildung, Eigenverantwortung, Eigenleistung, Wirtschaftswachstum und Fair Trade, Familienplanung sowie Selbstbestimmung aller Frauen, integriert in einem angepassten lokalen soziokulturellen Rahmen. Meist sind es tatkräftige liberale Menschen, die willens sind, diese Bewegungen anzustossen. Liberal heisst nicht, dass sie einer Partei zugehörig sein müssen, sondern eine Geisteshaltung verkörpern, die offen und zum tätigen Handeln bereit ist.

Die Schweiz ist ein liberales Land. Dieser Virus hat sich seit über 200 Jahren in unserem Bürgertum entwickelt und ist lebendig geblieben. Ich zähle mich dazu. Deshalb liegt es an uns allen, diese Grundhaltung in uns zu erhalten und zu pflegen. Dies bedeutet nicht nur ein gutes Leben für uns, sondern auch menschenwürdige Lebensbedingungen für viele andere Menschen rund um den Globus.

Deshalb bin ich stolz darauf, eine Schweizerin zu sein, die es als ihre Aufgabe betrachtet, den Ärmsten zu helfen.

Was ist die The DEAR Foundation?

„Zu viele Menschen glauben, ihr Handeln sei irrelevant“, stellt Sonja Dinner fest. Wer helfen wolle, müsse die Augen offen halten und aktiv werden. Mit der Gründung der The Dear Foundation im Jahr 2005 hat sie sich zum Ziel gesetzt, gegen die „Trägheit“ im Westen vorzugehen und die Praxis des Handelns vorzuleben. Die Stiftung führt sie nach unternehmerischen Grundsätzen und verfolgt mit den rund 300 Projektmitarbeitenden vor Ort und den zehn Festangestellten in der Schweiz ein State-of-the-Art-Projektmanagement, wie man es aus der Wirtschaft kennt. Nur so könne man aktiv helfen, ist Sonja Dinner überzeugt: „Eine Politik des Helfens ist höchstens ein Fähnchen vor dem Schutz des Sturmes. Viel wichtiger ist es, eine Praxis des Handelns zu etablieren.“

Heute gehört TDF zu den grössten privaten Hilfswerken für Entwicklungshilfe in der Schweiz. Dabei kämpft die Stiftung in den ärmsten Ländern dieser Welt gegen Hunger, Not und Armut und setzt sich für die Gesundheit und Bildung insbesondere der Frauen und Kinder weltweit ein. Seit der Gründung der Stiftung sind mehr als 500 Hilfspro-

jekte in Afrika, Lateinamerika, Asien (vorwiegend China und Russland) sowie im Nahen Osten (Israel) umgesetzt worden.

www.dearfoundation.ch

Liberalität ist eine Wertordnung, für die man einstehen muss

Christian Lindner

Vorsitzender der FDP Deutschland

„Das Aufstiegsversprechen wird gebrochen“

The European: Herr Lindner, erlauben Sie uns, das Interview mit einem Satz von Ihnen zu beginnen. 2011 haben Sie in der „FAZ“ geschrieben: „Die liberale Partei ist in einer Bewährungsprobe. Im Regierungsalltag hat sie Vertrauen und argumentative Prägekraft verloren.“ Klingt ziemlich aktuell, oder?

Lindner: Die FDP hat die Bewährungsprobe 2009 bis 2013 nicht bestanden. Die Konsequenz daraus ist, dass wir neu vermessen müssen, was es heute heißt, liberal zu sein.

The European: Und dann kommt die argumentative Prägekraft zurück?

Lindner: Ich bin davon überzeugt, dass wir in Deutschland eine große Gruppe von Menschen haben, die eigentlich eine Partei sucht, die vor allen Dingen die Steine aus dem Weg räumt, die ihrem Leben im Wege stehen. Da sehe ich das Profil der FDP: den Leuten ei-

nen starken Rahmen zu bieten, innerhalb dessen sie sich frei entfalten können.

The European: Der Blick in die deutsche Geschichte zeigt eher ein anderes Bild. Statt eine große Gruppe hinter sich zu vereinen, hat der Liberalismus es hierzulande deutlich schwerer als anderswo.

Lindner: Der Liberalismus ist kein Mehrheitsprogramm und trotzdem sieht man an vielen Stellen, dass es ein Bedürfnis nach Politik gibt, die mehr Selbstbestimmung will.

The European: Zum Beispiel?

Lindner: Bei den Renten. Im Bundestag sitzen nur Parteien, die sich zwischen 70, 67 und 63 zerstreiten – finanziert auf Kosten der Zukunft. Unser Vorschlag ist, die Menschen ernst zu nehmen und sie selbst entscheiden zu lassen. Wir haben keine Einheitsbürger, also brauchen wir auch keine Einheits-

rentner. Deutschland ist vielfältig: Der eine kann nicht länger, die andere will länger arbeiten. Unser Vorschlag ist deshalb, zwischen 60 und 70 ein individuelles Rentenalter festzulegen. Wer früher geht, hat weniger, wer länger bleibt, hat mehr. 75 Prozent der Deutschen fänden das gut.

„Dann erlahmt die Faszination des Projekts“

The European: Ist das nicht bezeichnend für den Versuch, den Liberalismus konkret zu machen? Wohl kaum jemand dürfte Rente mit Freiheit verbinden.

Lindner: Aber Selbstbestimmung! Und die Rente ist nur ein konkretes Beispiel, in dem die Schablonen des alten Wohlfahrtsstaats für immer weniger Menschen passen. Es ist eine liberale Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Staat, wie es Paul Kirchhof gesagt hat, den „Charakter eines Handschuhs“ hat,

nicht den eines Fäustlings, sondern eines Fingerhandschuhs, der freie Bewegung erlaubt und trotzdem Wärme und Schutz bietet. Das ist unser Modell und natürlich muss man dafür ins Detail gehen. Sonst könnten wir ein Proseminar an der Uni machen über die historischen Grundlagen des Liberalismus – hier aber geht es um die Gestaltung von Politik. Wir müssen zeigen, dass die Menschen einen konkreten Vorteil haben, wenn es eine liberale Partei gibt.

The European: Noch ist die FDP die Partei mit der längsten Regierungsbeteiligung in Deutschland. Aber selbst für Ergebnisse um die fünf Prozent hat sie immer hart kämpfen müssen. Also noch mal: Offensichtlich teilen die Menschen Ihre Annahme nicht, dass sie konkrete Vorteile haben, wenn es eine liberale Partei gibt.

Lindner: Wir haben ein spezielles Profil. Für den Ordoliberalismus von Ludwig Erhard zu sein und gleichzeitig für gesellschaftspolitische Liberalität, spricht ein spezielles Milieu an. Es gibt natürlich ein paar Leute, die für Marktwirtschaft sind, aber konservative Auffassungen von der Gesellschaft haben. Und es gibt andere, die haben gesellschaftspolitisch liberale Positionen, aber in der Wirtschaftspolitik sind sie weit links von der Mitte. Die Besonderheit der FDP ist es, diese beiden Pole zu verbinden. Und das ist faszinierend.

The European: Aber?

Lindner: Natürlich muss man mit so einem Profil immer Avantgarde sein. Wenn man nur noch glaubt, für bestimmte Interessen in der Gesellschaft Politik machen zu können – Stichwort: Apotheker, Anwälte, Ärzte –, dann erlahmt die Faszination des Projekts. Dann muss es erneuert werden.

The European: Dagegen wollen wir gern eine These setzen: Das liberale Jahrhundert ist vorbei, die meisten Probleme entstehen heute, weil die Freiheit angewandt wird, nicht durch ihre Begrenzung.

Lindner: Das ist die große Beweislastrumkehr. Wir sollen uns dafür rechtfertigen, dass wir frei sind. Ich teile die Diagnose nicht, denn ich spüre große Bedrohungen unserer Freiheit, zum Beispiel durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Da geht unsere Privatsphäre verloren. Wenn Mark Zuckerberg sich zwar zu Hause seine Villa einzäunen lässt, um maximal privat zu sein, aber gegenüber den Nutzern bei Facebook sagt: „Tja, wenn Sie nichts zu verbergen haben, ist das doch alles kein Problem“, dann sehe ich da ein Problem.

The European: Genau, Zuckerberg wendet seine Freiheit an.

Lindner: Ja, er wendet seine eigene Freiheit an und Google wendet seine

eigene wirtschaftliche Freiheit an, aber wenn ein einzelner Spieler so mächtig wird, dass er mit Anwendung seiner Freiheit die Ihre und meine einschränkt, dann ist das eine Bedrohung der Freiheit. Niemand darf unter das Machtdiktat eines anderen geraten. An dieser Stelle muss der Rechtsstaat für Ihre und meine individuelle Freiheit Partei ergreifen.

„Wir leben nicht mehr in der Wolfsgesellschaft“

The European: Da sind wir bei einem liberalen Etatismus und den zu erklären, das ist doch irgendwie per se schwierig.

Lindner: Ich habe ja eben vom Ordoliberalismus gesprochen. Dessen Pointe ist: Es gibt klare Regeln, die sind für alle gleich, die setzt der Staat mit seiner Autorität durch, da ist er der Schiedsrichter, aber er schießt eben nicht aufs Tor. Liberalismus bedeutet ja nicht, gegen staatliche Regeln zu sein. Ganz im Gegenteil. Ich bin der größte Freund des Staates!

The European: Ja?

Lindner: Ich finde den Staat eine großartige zivilisatorische Errungenschaft. Ein Glück leben wir nicht mehr in der Wolfsgesellschaft! Nur will ich eben einen Staat haben, der meiner Freiheit verpflichtet ist und Eigeninitiative und -verantwortung nicht einfach verdrängt, indem er die Leute zu Taschengeldempfängern macht. Und der unser Le-

ben nicht mit einem engmaschigen bürokratischen Netz überzieht, sondern klare Regeln definiert.

The European: Machen Sie es gerne konkret.

Lindner: Nehmen wir die Finanzmärkte. Wir haben dort unglaublich viele Regelungen und endlose Bürokratie und trotzdem unverändert riesige Belastungen, größte, nahezu unkontrollierbare Risiken.

The European: Ihr Vorschlag?

Lindner: Es braucht keine feinmaschige, enge Bürokratie, dafür aber eine wesentliche Regel: Wer handelt, haftet. Wer Gewinn macht, darf sich freuen, wer nicht erfolgreich ist, muss dafür geradestehen. Das ist die natürliche Risikobremse.

The European: Das klingt gut, aber auch ein bisschen sehr einfach.

Lindner: Dann noch ein Beispiel: Energiepolitik. Der Staat beschließt das Erneuerbare-Energien-Gesetz und nimmt Milliarden Euro an Umlage ein, damit manche Leute für 20 Jahre eine garantierte Subvention erhalten. Und weil das die Kosten so hochtreibt, dass Arbeitsplätze gefährdet sind, muss der Staat Ausnahmen für energieintensive Unternehmen beschließen. Und weil die ganzen Erneuerbaren die Preise für konventionelle Energien drücken, und die existierenden Kraftwerke unrentabel werden, muss der Staat auch da

eingreifen. Da merkt man doch: Mit diesem Konzept stimmt was nicht. Das wirkt wie die Bemühungen des Planungsbüros der KPdSU.

The European: Wie würden Sie es machen wollen?

Lindner: Ein ordoliberales Modell wäre, zu sagen: Wir haben ein gesellschaftspolitisches Ziel, das legt der Staat als Schiedsrichter fest. Im Jahr 2050 kommen 80 Prozent unserer Energie aus Erneuerbaren. Den Weg dahin überlassen wir aber den Marktkräften. Photovoltaik wäre heute auch ohne Subventionen konkurrenzfähig.

The European: Womit wir gefühlt wieder bei der unsichtbaren Hand sind.

Lindner: Ich will aber weg davon – auch wenn das meine große Leidenschaft ist –, den politischen Liberalismus immer aus der Ideengeschichte und dem theoretischen Überbau allein zu erklären, er muss sich im Alltag bewähren.

The European: Ok, hat er offenbar nicht.

Lindner: Der 22.09.2013 war keine Abwahl des politischen Liberalismus. Das war die Abwahl einer FDP, die seinen und ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht geworden ist. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

The European: Was Ihnen öfter abgesprochen wird, ist die richtige Empfin-

dung für Gerechtigkeit. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung ist die der stärkste Gegenspieler der Freiheit. Und Gerechtigkeit hat – verkürzt gesagt – das freundlichere Gesicht.

Lindner: Die Gerechtigkeitsfrage treibt auch mich um. Ich bin kein Verteidiger des Status quo. Ich stelle fest, dass wir in Deutschland junge Familien haben, die im Prinzip alles richtig machen, eine gute Ausbildung haben, einen ordentlichen Job, sie sind sehr fleißig und trotzdem ist ihr Leben davon bestimmt, dass sie sich Sorgen um die Bildung ihrer Kinder machen, um die Pflege der Eltern, um das eigene Altern. Sie erleben, dass die Miete steigt und die Stromrechnung auch – während die Gehaltserhöhung an Wolfgang Schäuble geht. Die können tun, was sie wollen und kommen keinen Schritt weiter im Leben. Das ist ein eklatantes Gerechtigkeitsproblem.

„Wir können nicht das Versprechen totaler Gleichheit geben“

The European: Und was bieten Sie denen an?

Lindner: Einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert: Bildung und Infrastruktur. Der nicht auf Kosten der Zukunft wirtschaftet, sondern sich und seine Sozialversicherung enkelgerecht aufstellt. Diesen Menschen sage ich: „Wir akzeptieren, dass wir bestimmte Aufgaben des Staates schlanker machen müssen, damit ihr auch eine Chance habt, eigene Vorsorge zu betreiben.“

The European: Aber?

Lindner: Unsere Gesellschaft kann nicht das Versprechen der totalen Gleichheit geben. Es wäre auch inhuman, wenn Fleiß, Talent und Lebensentscheidungen keinen Unterschied mehr machten. Aber unsere Gesellschaft muss das Versprechen geben, dass Fleiß, Talent und Lebensentscheidungen einen Unterschied machen dürfen. Wenn das nicht mehr der Fall ist, haben wir ein Problem. Weil dann das große Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft gebrochen wird – und an diesem Punkt sind wir gerade.

The European: Sind es nicht genau diese Menschen, die SPD oder Linke wählen?

Lindner: Viele auch CDU oder uns ...

The European: ... aber bei Ihnen vielleicht die soziale Ader vermissen.

Lindner: Auch ich habe eine sehr soziale Ader.

The European: Jedenfalls haben wir bei Ihrer Beschreibung eher keine FDP-Wähler vor Augen.

Lindner: Darum geht es doch erst mal gar nicht. Viel wichtiger ist die Beschreibung des gesellschaftlichen Phänomens. Diejenigen, die glauben, ihre Probleme durch staatliche Umverteilung lösen zu wollen, an die kann ich

mich nicht wenden. Aber ich glaube eben auch, dass es viele gibt, die vor allem eine faire Chance wollen.

The European: Was sind für Sie Grenzen, wo Sie als Liberaler sagen müssen: „Bis hierhin und nicht weiter“?

Lindner: Es gibt unveräußerliche Grundsätze, ja. Der wichtigste ist, dass wir uns am Einzelnen und seiner Lebenschance orientieren und klare Rahmensetzung haben wollen. Wir haben einen klaren Wertestandpunkt, sind aber keine Ideologen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, immer neu herauszufinden, was praktische Politik ist, die Gutes schafft. Deshalb schaue ich nach vorne.

The European: Und sehen da?

Lindner: Welches Angebot fehlt, wenn wir uns das Parteiensystem anschauen? Ein liberales. Durchaus eins mit einer sozialen Absicherung – manche meiner Parteifreunde der Vergangenheit haben sich damit schwergetan. Aber natürlich gehört zu der modernen Marktwirtschaft ein Sozialstaat.

Er ist die Voraussetzung für Innovation. Hat man keine soziale Absicherung, klammert man sich ans Bestehende fest, ist nicht flexibel, nicht zu Veränderung und Risiko bereit. Aber wir brauchen keinen Wohlfahrtsstaat, sondern einen, der einen in der Not auffängt und dann auch wieder zu Eigeninitiative befähigt.

Dieser Beitrag stammt aus der „The European“-Printausgabe 3/2014.

Die Zukunft des Liberalismus

Wolfgang Kubicki,

stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP Deutschland

„Den Liberalismus in seinem Lauf halten weder Ochs‘ noch Esel auf“ - könnte man meinen, wenn man die gleichermaßen wechselvolle wie erfolgreiche Geschichte des Liberalismus in Deutschland betrachtet.

Seit dem Sprießen zarter freiheitlicher Pflänzchen im Deutschland des beginnenden 19. Jahrhunderts hat der Liberalismus zwar viele Häutungen erlebt und Irrwege beschritten - er hat sich selbst klein gemacht und wurde klein gemacht - unmittelbar nach der Katastrophe von 1945 schlug aber seine große Stunde.

Die Lehre, die die Deutschen aus dem schrecklichsten Kapitel der Weltgeschichte gezogen haben, war die kategorische Absage an Unterdrückung und Menschenverachtung: Freiheit

wurde die Leitidee des Grundgesetzes.

Wenn wir uns also der unmittelbaren Zukunft des Liberalismus zuwenden wollen, dann kann der kurze Rückgriff auf die bewegte Vergangenheit nicht schaden. Die Tatsache, dass die freiheitliche Idee selbst schlimmste Diktaturen überwinden konnte, lässt darauf schließen, dass das menschliche Verlangen nach Freiheit wie Gegengift auf die Unterdrückungsabsicht wirkt. Es bedeutet eigentlich, der Wunsch nach Freiheit kann gar nicht unterdrückt werden - er wird vielmehr größer, je mehr versucht wird, ihn zu knechten.

Oberflächlich betrachtet heißt das für unsere Gegenwart und Zukunft zunächst: nicht viel. Gehen wir tiefer, so müssen wir feststellen, dass unser ge-

genwärtiges Handeln die Zukunft unserer Freiheit maßgeblich bestimmt. Mit anderen Worten: Die Grundlage des zukünftigen Liberalismus wird jetzt gestaltet; die Freiheit des Jahres 2025 liegt in unserer Hand; die Bürgerrechte von morgen werden heute formuliert.

Schauen wir auf die heutigen Bedrohungen unserer künftigen Freiheit, dann fällt den meisten Menschen wahrscheinlich das Stichwort „anlasslose Vorratsdatenspeicherung“ ein. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr deutlich gemacht, dass deren Einführung problematisch für den freiheitlichen Gedanken des Grundgesetzes wäre.

Und es urteilte im Jahre 2010 sehr klar, dass „die anlasslose Speicherung von

Telekommunikationsverkehrsdaten geeignet (ist), ein diffus bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins hervorzurufen, das eine unbefangene Wahrnehmung der Grundrechte in vielen Bereichen beeinträchtigen kann.“

Sollten die großkoalitionären Pläne umgesetzt werden, würde der freiheitliche Gedanke zurückgedrängt werden. Der Versuch würde damit unternommen, den Liberalismus künftig wieder kleiner zu machen - insgesamt wäre dies ein trauriger Rückschritt für die Freiheit.

Wenn wir also im Jahre 2025 mindestens so frei wie heute sein wollen, dann müssen wir heute all denen widersprechen, die unsere Freiheit zu wählen, uns frei zu bewegen und frei miteinander zu kommunizieren aus Gründen der tatsächlichen „Fürsorge“ (Veggie-Day, Süßigkeitenwerbungsverbot vor 20 Uhr) oder aus angeblich „höheren“ Gründen (absolute Sicherheit) einschränken wollen. Gerade im Hinblick auf politische Forderungen, die der Sicherheit den Vorrang vor der Freiheit geben wollen, ist große Skepsis angezeigt.

Kurzum, die Zukunft ist noch nicht geschrieben. Die Geschichte des Liberalismus lehrt uns aber hierfür: Wir sollten den Gefährdungen unserer Freiheit heute und morgen mit Mut entgegenreten. Denn: Etwas Größeres als unsere Freiheit gibt es nicht.

Huffingtonpost. Veröffentlicht:

11/05/2015

Mit „Schweizer Freiheit“ zum Welterfolg

Thomas O. Bayer,

CEO der Bayerplus Consulting

Executive Search, Küsnacht/ZH

Die Schweiz ist eines der hervorragendsten Labors für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft. Nur wenige zentral gelegene Standorte in Europa und Asien bieten die gleich günstigen Voraussetzungen für die Entwicklung von Unternehmen. Sie ist ein Konglomerat von Lage, Kultur und Bildung, finanziellen und politischen Angeboten, ausgerüstet mit kurzen Wegen und raschen Verbindungen, wo Millionen bestens ausgebildeter Globalbürger nur darauf warten, die komplexesten Aufgaben zu lösen.

Dieses Wunder an Vitalität ist nur möglich geworden, weil unser Land auf einem liberalen Boden herangewachsen ist, ganz wie eine seltene Pflanze, die des geeigneten Grundes bedarf. Dieser liberale Geist hat die Schweiz nicht nur gross und erfolgreich gemacht, sondern die Schweizer Unternehmen auch in die Welt hinausgeführt. Schweizer Unternehmer und Spitzenmanager gehören immer noch zu den besten der Welt.

Gleichzeitig ist die Welt zu uns gekommen. In einem ausserordentlichen Boom, der nun schon zwei Generationen andauert, haben sich ausländische Konzerne und Finanzgruppen in allen Schweizer Kantonen niedergelassen. Keine offshore-Insel im Atlantik oder Pazifik kann von vergleichbarer

Attraktivität sein. Unser Land wurde zum Landeplatz für die globale Wirtschaft – ein Welterfolg, der bis heute anhält.

Wären wir nicht im Kern liberal geblieben, wäre dies nicht möglich gewesen. Auch unsere konservativsten Kreise, mögen sie aus Basel, Genf oder Zürich stammen, haben eine starke liberale Ader. Sie lassen Spiel- und Entwicklungsräume offen, von denen man in Athen, Rom oder Madrid nur träumen kann. Deshalb sind auch die Schweizer Konservativen liberale Weltbürger. Ihr konservativer Charakter beruht auf der Erfahrung, dass ohne eine sozial und politisch sichere Struktur auf Dauer nichts Neues entstehen kann.

Auch die Schweizer Sozialdemokraten haben, betrachten wir dies national, stark liberale Züge. So hat dieser Tage eine sozialdemokratische Stadtpräsidentin die in günstigen Quartieren wohnenden Millionäre verteidigt. Sie dienten einer „gesunden Durchmischung“.

Das ist die Schweiz: Hier gehören auch die „seriously rich“ zur Gesellschaft. Manche schauen sie schräg an, aber von einer grossen Mehrheit des Volkes werden sie hingenommen wie grosse Goldfische, Kois im Teich der vielen.

Der liberale Gedanke ist in der Schweiz

so tief verankert, dass es die sich liberal nennenden Parteien schwer haben, sich sonderlich davon abzusetzen. So lösen sie sich langsam auf in einem Land, dessen Bewohner zu den reichsten der Welt zählen, laufend neue Reiche anziehend.

Natürlich gibt es benachteiligte Menschen in der Schweiz. Sie sind bedeutend „ärmer“ als die offiziell 36 Milliardenfamilien, welche unser Land zählt. Aber sind diese Menschen wirklich arm? Gemessen an den armen Europäern und Weltbürgern sicher nicht. Sie sind versehen mit allem Lebensnotwendigen und oft noch viel mehr. Das ist mit ein Grund, weshalb wir zu einem derart beliebten Einwanderungsland geworden sind.

Die Schweiz hat keinen liberalen Kern mehr, weil das ganze Land liberal geworden ist.

Das wird uns nicht geschenkt, weshalb wir die liberalen Freiheiten verteidigen müssen. Von links wie rechts kommen laufend, und in Zukunft sicher nicht weniger, Vorstösse, diese „Schweizer Freiheit“ einzuschränken. Ich denke, wir dürfen dies nicht zulassen.

Die unterschätzte liberale Provinz

Pierre-Alain Grichting

Unternehmer und Bankier,

Sierre/VS

Wer an freisinnig-liberale Politiker denkt, wie sie im Parteinamen „FDP. Die Liberalen“ zum Ausdruck kommt, dem fallen zuerst die beiden grossen Schweizer Städte Zürich und Basel ein. Dort sind die grossen Banken und Industriefirmen zuhause, deren Erfolge auf einer langjährigen freisinnig-liberalen Politik beruhen. Dort sitzen die offenen und verdeckten freisinnigen Tenöre. Alles andere ist Provinz.

Nichts könnte falscher sein, kommen doch seit dreissig Jahren, nach dem Sturz des Wirtschaftsfreisinns Zürcher Prägung, die massgebenden liberalen Politiker aus der Schweizer Provinz. In der unterschätzten freisinnigen Provinz ist liberales Denken lebendig geblieben, während die grossen Städte von den Sozialdemokraten und den Grünen übernommen wurden, die mit stabilen Fraktionen die Freisinnigen und verbliebenen Liberalen weitgehend verdrängt haben.

Schon Elisabeth Kopp, die erste Schweizer Bundesrätin, die eigentlich Luzerner Herkunft war und in einem 4 500-Seelen-Dorf nahe Zürich ihre ersten politischen Sporen abverdiente, war eher ländlich-grossbürgerlich geprägt. Sie wurde von Ulrich Bremi entdeckt, dem Spitzenvertreter des Zürcher Wirtschaftsfreisinns, der sie national auf den Sattel heben liess.

Nach ihrem Rücktritt aus dem Bundesrat kam mit Kaspar Villiger der Inhaber eines mittelständischen Schweizer Ex-

portunternehmens („Villiger Cigars“) aus dem Luzerner Hinterland zum Zuge. Er wurde gegen die Konkurrenz von Franz Steinegger, der als Urner auch nicht zur „Zürcher Bahnhofstrasse“ zählte, zum Bundesrat gewählt. Steinegger wurde Präsident der FDP Schweiz, die er zehn Jahre prägen sollte.

Die FDP wollte keine „Zürcher Bahnhofstrassen-Partei“ mehr sein und gab die Zügel an die Provinz ab. Die Glanzzeit der welschen Liberalen in den Kantonen Waadt und Genf ging mit dem Tessiner FDP-Präsidenten Fulvio Pelli zuende, der sie in die FDP Schweiz integrierte. Pelli, ein Tessiner „avvocato“, blieb ein Aussenseiter, der wegen seines merkwürdigen Schweizerdeutsch, das kaum zu verstehen war, die Herzen der Zürcher und Basler nie erreichte. Sein Nachfolger, Philipp Müller, kam aus der tiefsten Aargauer Provinz, ein Immobilienhändler von lebendiger Intelligenz und mit bestem Gedächtnis ausgestattet. Nun hat die Schwyzerin Petra Gössi, eine junge Unternehmensberaterin, auf Empfehlung von Franz Steinegger den freisinnig-liberalen Marschallstab übernommen.

Was ist geschehen? Seit Kaspar Villiger sind beim Freisinn an die Stelle liberaler Intellektueller aus Basel, Lausanne und Genf pragmatische Sachpolitiker getreten. Sie kamen alle aus der sogenannten Schweizer Provinz. Ganz freiwillig geschah dies nicht, denn Dr. Christoph Blocher rückte systematisch mit seiner SVP seit nunmehr fast vierzig Jahren in die Stellungen des Freisinns vor. Gleichzeitig übernahmen zuerst Sozialdemokraten und dann die Grünen wichtige Positionen in den grossen

Schweizer Städten, die sie bis zur Stunde besetzt halten.

Im kommenden Frühjahr will der einst erfolgreiche TV-Unterhalter Filippo Leutenegger, jetzt Zürcher FDP-Stadtrat, die grüne Stadtpräsidentin Corinne Mauch aus dem Amt verdrängen. Er kann dies nur mit Unterstützung der SVP schaffen, was eine meist unsichere Koalition voraussetzt.

Als freisinniger Walliser Politiker, Unternehmer und Bankier stelle ich mit Stauten fest, wie die Verwandlung unseres Kantons weg von der weiterhin bedeutenden Landwirtschaft hin zu einem Industrie- und Dienstleistungskanton kaum wahrgenommen wird. Sie hat zur Folge, dass die einst alleine im Kanton herrschende CVP langsam, aber regelmässig Verluste erleidet. Neue Politikerinnen und Politiker treten an, denen ich mehrheitlich das Prädikat freisinnig verleihen würde, die aber noch in der Tradition der alten Parteien stehen.

Die wirtschaftlichen Grossregionen Basel, Zürich, Genf und Lausanne bleiben weiterhin in hohem Masse bestimmend für die Zukunft der freisinnig-liberalen Partei. Dort sitzen auch die grossen liberalen Wirtschaftsverbände der Holdinggesellschaften und der „économiesuisse“. Mehr noch als früher sind sie die Links zwischen den Vertretern der globalen Wirtschaft und der eidgenössischen Wirklichkeit. Das Spannungspotential ist gross und zunehmend.

Die unterschätzte liberale Provinz ist daher zentral für die politische Balance unseres Landes, damit unter dem Förderungsdruck einzelner Fraktionen nicht das Ganze Schaden nimmt.

Autoren dieser Ausgabe



Urs Schoettli

Geboren 1948, studierte an der Universität Basel Philosophie. Von 1978 bis 1991 war er Generalsekretär und später Geschäftsführender Vizepräsident der Liberalen Internationalen in London.

Von 1983 bis 1989 war er als Südasienkorrespondent der NZZ in Delhi tätig, und von 1990 bis 1995 war er Repräsentant der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung in Spanien und Portugal.

Ebenfalls betätigte er sich von 1993 bis 1995 als ehrenamtlicher Sekretär der Grosseuropakommission.

1996 kehrte er zur «NZZ» zurück und war bis 2012 Korrespondent in Hongkong, Tokio und Peking.

Seit 2012 arbeitet er als unabhängiger Publizist und Asienberater.



Klaus J. Stöhlker

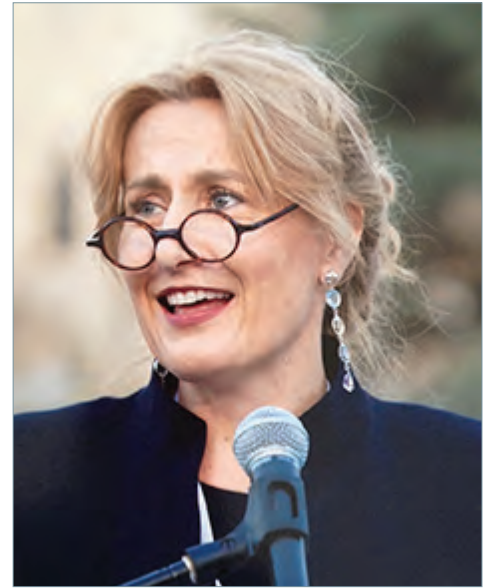
Geboren am 8. Juli 1941 in Ludwigshafen/Rhein, Deutschland, sammelte Erfahrungen als Fernsehredaktor beim „Südwestfunk Baden-Baden“, als Wirtschaftsredaktor bei „DM“ und der „Neue Rhein-Ruhr-Zeitung“, Essen.

Seit 1970 ist er PR-Berater in der Schweiz (Dr. Rudolf Farner Public Relations AG, Mitgründer und Leiter der Adolf Wirz & Partner AG).

Am 1. Juli 1982 gründete er die Klaus J. Stöhlker AG, Unternehmensberatung für Öffentlichkeitsarbeit, vorwiegend tätig für Unternehmen und Verbände.

In zahlreichen Vorträgen und Artikeln hat Klaus J. Stöhlker sich zur Entwicklung der Kommunikationspraxis geäussert.

2003 übergab er die Stöhlker AG seinen beiden Söhnen Fidel S. und Raoul D. Stöhlker, die seither als Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates wie als Geschäftsführende Partner die Stöhlker AG in Zollikon/ZH leiten.



Sonja Dinner

Geboren 1962 in Basel, Ausbildung bei der IBM Schweiz. 1991 akquirierte Dinner zusammen mit einem Partner das IT-Unternehmen Heyde Schweiz AG, das sie während 12 Jahren bis zu dessen Verkauf an eine internationale Unternehmensgruppe führte. 2006 gründete Sonja Dinner „The Dear Foundation“ in Zug, heute eine der grössten Schweizer Stiftungen für unternehmerisch geführte Entwicklungshilfe. Ihr Credo: Für eine nachhaltige und positive Veränderung benötigen die ärmsten Menschen Bildung, Wirtschaftswachstum, Familienplanung und Selbstbestimmung aller Frauen. Seither sind über zehn Jahre vergangen und mehr als 500 Projekte weltweit umgesetzt worden. Neben ihrer Tätigkeit als Stiftungsratspräsidentin in der „The Dear Foundation“ ist Sonja Dinner Präsidentin der Michael Kohn Stiftung sowie der Scaletta Stiftung in Vaduz und engagiert sich im Sahel-Ampo e.V. Burkina Faso, sowie in der Stiftung MIFNE. Sonja Dinner wurde 2013 u. a. nach Helmut Kohl und Hans J. Baer mit dem internationalen Teddy Kollek Award für ihr Friedensengagement in Israel-Palästina ausgezeichnet.

Autoren dieser Ausgabe



Thomas O. Bayer

CEO der BAYERplus Consulting Executive Search, Küsnacht/ZH

BAYERplus CONSULTING ist ein inhabergeführtes Unternehmen von nationaler und internationaler Reichweite. Gegründet 1998, haben Thomas O. Bayer und sein Team umfangreiche und langjährige Erfahrungen bei der Bewältigung anspruchsvoller Executive-Search-Mandate. Sie begleiten Beratungsprojekte in der Schweiz, in der EU, den USA und in Asien.



Wolfgang Kubicki

Kubicki wurde 1952 als Sohn eines Angestellten und einer Verkäuferin geboren. Nach dem Abitur 1970 an der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule Braunschweig studierte Kubicki Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, wo auch Peer Steinbrück zu seinen Kommilitonen zählte.[1] Das Studium schloss er 1975 als Diplom-Volkswirt ab. Danach war er für eine Unternehmensberatung und ab 1978 bei einem Steuerberatungsbüro tätig. Von 1981 bis 1983 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die FDP-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag. Kubicki absolvierte neben dem Beruf ein Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Kiel, das er 1982 mit dem ersten juristischen Staatsexamen abschloss. Nach der Ableistung des Referendariats bestand er 1985 auch das zweite juristische Staatsexamen und ist seitdem als Rechtsanwalt zugelassen. Er ist in einer Sozietät mit Hendrik Schöler tätig.



Christian Lindner

Geboren am 7. Januar 1979 in Wuppertal, wo meine Großeltern eine Bäckerei hatten. Wuppertaler war ich aber nie, auch wenn ich heute gelegentlich so begrüßt werde. Aufgewachsen bin ich in Wermelskirchen – einer Kleinstadt im Grünen nordöstlich von Köln. Mein erstes gewähltes Amt war: Schülersprecher des Städtischen Gymnasiums Wermelskirchen. Überhaupt habe ich mich sehr für politische Themen und Philosophie interessiert – und leidenschaftlich gerne diskutiert. Nicht immer zur Freude aller Lehrer. Irgendwann wollte ich meinem politischen Interesse auch Engagement folgen lassen. Ich habe daraufhin Parteiprogramme gelesen, mir die Parteien vor Ort angesehen und mein Lebensgefühl bei den Freien Demokraten wiedergefunden. Und da es keine liberale Jugendorganisation vor Ort gab, haben ein paar Freunde und ich die Jungen Liberalen in Wermelskirchen gegründet.



Pierre-Alain Grichting

50, erfolgreicher Walliser Unternehmer und Bankier, verkörpert das junge Wallis, das den Kanton noch näher an die Deutsche Schweiz heranführen möchte. Er vertritt ein selbstbewusstes Wallis, das im Dreieck Deutsche Schweiz, Westschweiz und Italien zu den aufstrebenden Berggebieten zählt.

Das berufliche Portefeuille wird durch eine ganze Reihe von kulturell und sozial ausgerichteten Mandaten ergänzt. Grichting setzt sich auch für die Winterolympiade Wallis/Schweiz 2026 und den Walliser Tourismus ein.

Die Olympiabewerbung könne nur gelingen, wenn sie von einem starken und charismatischen Team getragen wird und nicht der interkantonalen Jobverteilung diene.

Grichting wird im Herbst 2019 (wahrscheinlich) als Freisinniger für National- und Ständerat (Doppelkandidatur) national in Erscheinung treten. Seine Botschaft lautet: „Mit Walliser Selbstbewusstsein für eine starke Schweiz“.

Pierre-Alain Grichting ist verheiratet und Vater von sechs Kindern.

Impressum

Europäisches Manifest 2015
Für eine offene,
liberale Weltgesellschaft

Verantwortlich
für Text und Inhalte sind die Autoren.

Das Liberale Manifest ist exklusiv
publiziert im Separata in
„SVMMARVM“, dem Themenmagazin
der „Basler Liberalen Nachrichten“.

© Klaus Stöhlker und Urs Schoettli
Europäisches Manifest 2015
Für eine offene,
Liberale Weltgesellschaft

Basel, im Dezember 2017

Herausgeber
Roland Keller